

## Abänderungsantrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann, und Dr. Machacek**

zu Ltg.-1100-1/A-3/199 - Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Hackl, Onodi und MMag. Dr. Petrovic u.a. betreffend klares Bekenntnis zur Europäischen Union

betreffend: **Bekenntnis zu einem föderalen Europa der Vaterländer**

Die Europäische Union befindet sich in einer tiefen Sinnkrise. Das bestätigt auch eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage für Österreich. Demnach vertrauen nur noch 26 Prozent der Landsleute der EU. Auch europaweit ist das Vertrauen in die Europäischen Institutionen auf 34 Prozent gesunken. Zuletzt brachten die Menschen in Großbritannien ihren Unmut über die Entwicklung der EU per Referendum zum Ausdruck und entschieden sich am 23. Juni 2016 für den sogenannten „Brexit“. Großbritannien setzte damit einen Schritt, der für viele Beobachter nicht allzu überraschend kam.

Die EU entwickelt sich seit Jahren immer mehr zu einem zentralistischen Bundesstaat, wobei die Souveränität der Nationalstaaten konsequent abgebaut wird. Spätestens mit dem Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2009 in Kraft getreten ist, hat man seitens des EU-Establishments gegen den Willen der europäischen Völker eine Änderung des Vertrages über die Europäische Union bewirkt. Damit wurde der Vorrang des Unionsrechts vor dem der Nationalstaaten festgeschrieben. Durch den Umstand, dass fast 90 Prozent unserer Gesetze nicht mehr vom österreichischen Nationalrat initiiert werden, sondern von der Europäischen Union, erleben wir eine Entmündigung der österreichischen Wählerschaft.

Faktum ist, dass die politischen Verantwortungsträger innerhalb der EU auch in den zentralen Fragen der Arbeitsmarkt-, Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik völlig versagt haben und Lösungen auf EU-Ebene mehr als aussichtslos sind. Umso wichtiger ist eine sofortige Renationalisierung von Kompetenzen, wonach die Gesetzgebung wieder verstärkt auf die nationalen Parlamente rückverlagert werden muss. Die EU entwickelt sich immer weiter zu einem zentralistischen Bundesstaat nach dem Muster der USA. Vielmehr muss sich die Europäische Union jedoch zu einer europäischen Konföderation souveräner Nationalstaaten mit einer starken direkt-demokratischen Komponente entwickeln, die nach innen hin möglichst liberal, subsidiär und föderativ gestaltet ist, um nach außen hin in der Weltpolitik und der weltweiten Wirtschaft die europäischen Interessen stark und geeint vertreten zu können.

Auch in der Frage der europäischen Integration beharrt die EU weiter auf ihrem „Erdogangefreundlichen“ Kurs. In Anbetracht der menschenunwürdigen und faschistoiden türkischen

Innenpolitik hätte die EU längst jegliche Beitrittsverhandlungen und diesbezüglichen Gespräche abbrechen müssen. Dazu kommt, dass die Türkei weder kulturell noch geographisch ein Teil Europas ist und daher schon aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in die Europäische Union aufgenommen werden darf. Ihr ist maximal ein Partnerschaftsvertrag in wirtschaftlicher Hinsicht anzubieten, keinesfalls jedoch die Mitgliedschaft in der EU. Aufgrund der zahlreichen Fehlentwicklungen und Missstände, die durch eine unkoordinierte und bürgerferne EU-Politik verursacht wurden, ist es daher schleunigst an der Zeit, die Europäische Union zu reformieren. Dabei müssen mehr direkte Demokratie, Rückverlagerung von Kompetenzen an die nationalen Parlamente, diverse Freihandelsabkommen und der Schutz der europäischen Identitäten im Vordergrund stehen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der vorliegende Antrag des Europaausschusses betreffend klares Bekenntnis zur Europäischen Union wird wie folgt abgeändert:

- 1) Der NÖ Landtag bekennt sich im Sinne der Antragsbegründung klar zu einem föderalen Europa der Vaterländer.
- 2) Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese im Sinne der Antragsbegründung in Verhandlungen mit der EU notwendige Reformschritte wie
  - die Stärkung der Souveränität der Nationalstaaten,
  - eine sofortige Renationalisierung von Kompetenzen und
  - den Schutz der Europäischen Union bei diversen Freihandelsabkommen sofort einleitet.“